

## Beschluss (vorläufig) Städten und Gemeinden in der Pandemie den Rücken stärken – Für eine nachhaltige Finanzierung unserer Kommunen

Gremium: Landesparteirat  
Beschlussdatum: 15.11.2020  
Tagesordnungspunkt: KW NRW nach den Kommunalwahlen

### Antragstext

1 Unsere Kommunen sind das Rückgrat der Pandemiebekämpfung. Die Städte, Gemeinden  
2 und Kreise setzen aktuell den Großteil derjenigen Maßnahmen um, die die Corona-  
3 Krise eindämmen sollen. Nicht zuletzt treffen sie auch auf Basis der jeweiligen  
4 Situation die notwendigen Entscheidungen für Schutzmaßnahmen.

5 Bei der Pandemie zeigt sich, wie wichtig der Verfassungswert der Gleichwertigen  
6 Lebensverhältnisse ist. Denn wie effektiv jede\*r einzelne von uns gegen die  
7 Pandemie geschützt wird, darf keinesfalls von unserem Wohnort abhängen. Doch  
8 tatsächlich hängen die Möglichkeiten der Pandemie-Bekämpfung von der örtlichen  
9 Kassenlage ab – etwa die Ausstattung der kommunalen Gesundheit- und  
10 Ordnungsämter.

11 Corona bedroht die kommunalen Kassen

12 Gleichzeitig verschärft die Corona-Krise die finanziellen Probleme aller Städte  
13 und Gemeinden in NRW. Die Kommunalhaushalte sind von enormen Einbrüchen  
14 betroffen. Allein die Ausfälle bei den Gewerbesteuererträgen drohen die Erfolge  
15 des Stärkungspaktes Stadtfinanzen mit einem Streich zunichte zu machen. Nach  
16 Berechnungen der Steuerschätzer\*innen ist allein 2021 mit Mindereinnahmen von  
17 rund 6 Milliarden Euro bei der Gewerbesteuer und fast 9 Milliarden bei allen  
18 Steuerarten zusammen zu rechnen. Davon entfällt mehr als ein Fünftel auf  
19 Nordrhein-Westfalen. Hinzu kommen weitere Einbußen bei den Einnahmen aus dem  
20 ÖPNV und anderer Leistungsbereiche. Außer Einnahmeverlusten müssen die Kommunen  
21 auch Corona-Mehrkosten in Millionenhöhe stemmen, die derzeit nicht ausgeglichen  
22 werden - für Gesundheitsämter, Testungen, Schutzmaterialien, Schulen,  
23 Digitalisierung usw. Mit diesen Folgewirkungen dürfen die Städte, Gemeinden und  
24 Kreise nicht alleine gelassen werden. Das Rückgrat der Pandemiebekämpfung muss  
25 deutlich gestärkt werden.

26 Schon vor Corona: viele Probleme ungelöst

27 Unter der Landesregierung von Armin Laschet erleben wir eine aktive Schwächung  
28 der kommunalen Finanzausstattung – zuletzt ganz unverhohlen, indem der  
29 Landesfinanzminister Milliarden aus dem Corona-Rettungsschirm zweckentfremdet,  
30 um die Fiktion einer schwarzen Null aufrechtzuerhalten. Bereits seit 2018 steht  
31 fest, dass die Mittelzuweisung des Landes für die Unterbringung und Integration  
32 geflüchteter Menschen in den Kommunen deutlich zu niedrig sind. Den Kommunen  
33 wachsen die Kosten über den Kopf, gleichzeitig gehen die Ausgaben des Landes  
34 weiter deutlich zurück. Das Land spart hier weiter zu Lasten der Kommunen und  
35 der Menschen vor Ort.

36 Und auch eine Lösung der Altschuldenproblematik, die in der Nachfolge des  
37 Stärkungspaktes dringend geboten wäre, bleibt die Landesregierung bis heute  
38 schuldig. Entgegen wiederkehrender Ankündigungen liegt bisher kein eigenes

39 Konzept der Landesregierung vor - obwohl 2020 der Stärkungspakt ausläuft und das  
40 Land ab 2021 durchschnittlich 440 Millionen Euro im Jahr einsparen wird.  
41 Inzwischen ist klar: Die Landesregierung plant auch für das Jahr 2021 keine  
42 Altschuldenlösung. CDU und FDP haben offenbar zu keinem Zeitpunkt an einer  
43 solchen Lösung gearbeitet - ein klarer Bruch der Versprechen des  
44 Koalitionsvertrages.

45 Bereits vor der Corona-Krise haben viele Kommunen darum gerungen eine  
46 verlässliche Infrastruktur wie die Versorgung mit Breitband, Kitas und ÖPNV zu  
47 gewährleisten. Fallen Steuereinnahmen weg, wird als erstes an der Infrastruktur  
48 gespart. Um das zu verhindern, braucht es strukturelle Unterstützung, an der  
49 sich Bund und Land beteiligen, und zwar mit einer Änderung des Grundgesetzes, um  
50 die Grundvoraussetzungen für gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen.

51 Noch mehr Kredite sind keine Hilfe

52 Zu Beginn der Krise war es richtig und wichtig, technische Anpassungen im  
53 Haushaltsrecht zu schaffen, damit die Kämmerer\*innen nicht angesichts wachsender  
54 Defizite den Geldhahn zudreihen und Haushaltssperren aussprechen mussten. Wir  
55 Grüne haben unterstützt, dass die Möglichkeit zur Isolierung Corona-bedingter  
56 Kosten geschaffen wird. Das war ein erster Schritt, um die Handlungsfähigkeit  
57 der Kommunen in der Anfangsphase der Pandemie zu erhalten. Die Kommunen brauchen  
58 jetzt aber dringend „echtes“ Geld, um die Krise zu bewältigen und anschließend  
59 eine Chance zu haben, die finanzielle Lage wieder in den Griff zu bekommen.  
60 Während der Bund mit der Erhöhung des Anteils der Kosten der Unterkunft und der  
61 Gewerbesteuerkompensation für 2020 die Kommunen entlastet hat, kam aus  
62 Düsseldorf keine echte Hilfe mehr. Die Gewerbesteuererstattung wird von der  
63 Landesregierung gedeckelt und die Verluste werden nur anteilig ausgeglichen.  
64 Sämtliche Förder- und Unterstützungsprogramme sind kreditbasiert, sodass viele  
65 Corona-Folgen einfach nur in die Zukunft verschoben werden – vom Corona-  
66 Rettungsschirm bis zur Erhöhung der Mittel aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz.  
67 Was als schnelle Rettungsmaßnahme daherkommt, muss auf Euro und Cent von den  
68 Kommunen ab 2025 ohne jede Hilfe des Landes über 50 Jahre an die Kreditgebenden  
69 zurückgezahlt werden. Darüber hinaus müssen die Corona-Kosten dann zusätzlich  
70 erwirtschaftet werden, was die städtischen Haushalte jährlich mit Millionen  
71 belastet. Auf diese Weise werden die Kommunen in den nächsten Jahren Milliarden  
72 an neuen Schulden aufbauen – und davon haben sie schon mehr als genug.

73 Verlässliche Finanzierung und mehr Raum für Investitionen

74 Die NRW-Kommunen brauchen jetzt eine verlässliche Finanzierung, um aus eigener  
75 Kraft krisenfest handeln zu können und die nötigen Zukunftsinvestitionen zu  
76 tätigen - für Klimaschutz, die Mobilitätswende, die Sanierung und Stärkung einer  
77 leistungsfähigen kommunalen Infrastruktur mit starken Quartieren und für die  
78 Bekämpfung der Pandemie.

79 Dafür ist die Umsetzung folgender Maßnahmen zentral:

- 80 • Land und Kommunen verständigen sich auf eine faire, auskömmliche und  
81 verlässliche Regelung bei der Verteilung von Kosten insbesondere im  
82 Bereich der Integration und Unterbringung von Geflüchteten, die sich an  
83 den tatsächlichen Bedarfen orientiert. Dafür muss endlich eine  
84 Verständigung über die Umsetzung des bereits seit 2018 vorliegenden  
85 Gutachtens von Prof. Lenk stattfinden. Dieses zeigt eindeutig, dass die

- 86 Mittelzuweisung des Landes für die Unterbringung und Integration  
87 Geflüchteter in den Kommunen deutlich zu niedrig sind und schlägt  
88 eine Erhöhung der Kopfpauschale vor. Bei der Umsetzung muss auch der  
89 entsprechenden Ausgleich für die letzten Jahre berücksichtigt werden.  
90 Diese Form der Finanzierung muss dann auch auf den Personenkreis der  
91 sogenannten Geduldeten aus Landesmitteln übertragen werden.
- 92 • Bund und Land gleichen die dramatischen Steuerausfälle der Kommunen in  
93 Milliardenhöhe auch über 2020 hinaus aus.
  - 94 • Die Corona-bedingten Folgekosten, die von den Kommunen nun isoliert im  
95 Haushalt erfasst werden, werden sowohl 2020 als auch in den Folgejahren  
96 gerecht zwischen Land und Kommunen aufgeteilt. Hierfür werden Mittel aus  
97 dem Sondervermögen des Landes in einen Fonds überführt, der bisher  
98 ausschließlich zur Unterstützung des Landes eingesetzt wurde.
  - 99 • Der Bund muss sich an einem Altschuldenfonds der Länder beteiligen. Ein  
100 Zögern des Bundes darf aber dem Land NRW nicht länger als Ausrede für sein  
101 eigenes Nicht-Handeln dienen. Das Land muss mit einem Neustartfonds den  
102 Kommunen ermöglichen, ihre Altschulden über einen vertretbaren Zeitraum  
103 von maximal 30-35 Jahren abzubauen und sich somit endlich von den  
104 Kassenkrediten zu befreien. Unsere Fraktion hat dafür bereits im Jahr 2018  
105 einen eigenen Vorschlag entwickelt und im Landtag vorgelegt, mit dem die  
106 Lösung der Altschuldenproblematik innerhalb von dreißig Jahren realistisch  
107 gelingen kann. Aufgrund der noch günstigen Zinslage ist es möglich, dieses  
108 Konzept selbst ohne Hilfe des Bundes umzusetzen. Dies kann mit den  
109 Mitteln, die das Land bislang in den Stärkungspakt Stadtfinanzen  
110 eingezahlt hat, sowie den Zinsaufwendungen der Kommunen geschehen.
  - 111 • Es ist zu begrüßen, dass der Bund die wesentliche Ursache für die  
112 Entstehung der Schulden, nämlich die unterschiedlich hohe Finanzierung der  
113 Soziallasten, jetzt durch eine erheblich höhere eigene Beteiligung (75%  
114 statt durchschnittlich 50% der Kosten der Unterkunft) auffängt. Allerdings  
115 muss sich der Bund auch an den bereits aufgelaufenen Kosten beteiligen und  
116 die entsprechenden Konsolidierungsprogramme der Länder zugunsten der  
117 Kommunen unterstützen. Für Hessen und das Saarland liegen solche Programme  
118 bereits vor. Nordrhein-Westfalen muss jetzt handeln und mit dem Bund über  
119 eine Beteiligung verhandeln, um den Finanzierungszeitraum und die  
120 Belastungen für die Kommunen zu reduzieren.
  - 121 • Darüber hinaus braucht es ein kommunales Investitionsprogramm des Landes  
122 zur Ankurbelung der Wirtschaft - dazu gehört u.a., lokale Konzepte für die  
123 Gastronomie und zur Stärkung und Modernisierung der Zentren und  
124 Innenstädte vor Ort massiv finanziell zu unterstützen. Durch die Krise  
125 müsste endlich allen klar sein: Für einen schlanken Staat zahlen wir am  
126 Ende eine hohe Rechnung. Wir müssen die Strukturen für obdachlose Menschen  
127 dauerhaft verbessern. In den Städten muss eine vorsorgende  
128 Gesundheitspolitik ebenso möglich sein, wie der Aufbau starker  
129 öffentlicher Einrichtungen. Statt wie die Landesregierung Standards für  
130 barrierefreies Wohnen vollständig abzubauen, brauchen wir bezahlbare und  
131 barrierefreie Wohnungen in lebenswerten Dörfern und Quartieren. Wir  
132 brauchen einen handlungsfähigen Sozialstaat, der die Menschen auffängt.

- 133 Wir brauchen aber auch eine handlungsfähige Wirtschaft, die nicht  
134 einseitig von Billiglieferranten abhängig ist. Umso unverständlicher wäre  
135 eine Aufgabe des Lieferkettengesetzes.
- 136 • Gerade Investitionen in den Klimaschutz und die Sanierung von Schulen  
137 (Gute Schule 2025) sind dringend erforderlich, um die Bedingungen für  
138 einen gelingenden Unterricht auch in Zeiten der Pandemie zu schaffen und  
139 für eine strukturelle Modernisierung zu sorgen. Dadurch unterstützen wir  
140 zudem das Handwerk und entlasten die kommunalen Haushalte spürbar. Mit  
141 Investitionen in Zukunftsfelder tragen wir der Generationengerechtigkeit  
142 Rechnung. Marode Infrastruktur ist ein Schuldenberg, den wir abtragen  
143 wollen. Zinslose Kreditangebote des Landes, die die Stoßrichtung eines  
144 Investitionsförderprogramms haben, dürfen nicht dazu führen, dass die  
145 Kommunen durch die Inanspruchnahme in eine haushälterische Schieflage  
146 geraten.
  - 147 • Die Programme müssen so ausgestaltet werden, dass eventuelle  
148 Baukostensteigerungen, wie sie aktuell in vielen Fällen zu beobachten  
149 sind, nicht alleine bei den Kommunen hängen bleiben.
  - 150 • Die Kommunen müssen dauerhaft in die Lage versetzt werden, aus eigener  
151 Kraft ihre Aufgaben bewältigen zu können und ausreichende Spielräume für  
152 Zukunftsinvestitionen zu haben. Der Bund soll gemeinsam mit den  
153 Bundesländern und den Kommunen eine neue Gemeindefinanzreform anstrengen,  
154 um die Kommunalfinanzen künftig für alle Städte und Gemeinden und ihre  
155 besonderen Bedarfe auskömmlich auszugestalten. In diesem Zusammenhang muss  
156 das Konnexitätsprinzip („Wer bestellt, bezahlt.“) zwischen Bund und  
157 Kommunen verankert werden.
  - 158 • In vielen Regionen kämpfen Städte und Gemeinden seit längerem damit, ihren  
159 Bürger\*innen verlässliche und gute Kitas, Busse, Schulen und vieles mehr  
160 zu gewährleisten. Die klammen Kassen der Kommunen erschweren dies nun  
161 weiter. Wir fordern daher einen „Pakt für Lebenswerte Regionen“ von Bund  
162 und Ländern. Mit diesem Pakt sollen gezielt diejenigen Regionen finanziell  
163 unterstützt werden, die Schwierigkeiten mit der Grundversorgung haben. So  
164 bekommen sie mit Regionalbudgets die Möglichkeit, ihre  
165 Infrastrukturprobleme selbst anzugehen. Überall im Land sollen gesicherte  
166 Standards für Infrastruktur, z.B. für schnelles Internet und regionale  
167 Mobilität, erreicht werden. Das Grundgesetz muss dafür um die  
168 Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Daseinsvorsorge“ ergänzt werden – nur so  
169 kann der Pakt finanziert werden.
- 170 Lebenswerte Kommunen und gleichwertige Lebensverhältnisse dürfen nicht nur ein  
171 Versprechen in der Verfassung sein, sondern sind unverzichtbare Voraussetzung  
172 für den sozialen Zusammenhalt in unserem Land.